

# UPDATE AUS DÜSSELDORF

Annette Watermann-Krass, MdL

Mai 2020

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

auch wir im Landtag sind auf dem Weg zu einer parlamentarischen Normalität. Den Eindruck bekam man jedenfalls bei einem Blick auf die Tagesordnung des vergangenen Plenums. Sowohl am Mittwoch als auch am Donnerstag ging es wieder bis in die späten Abendstunden.

Also alles wie vorher?

Nein, absolut nicht. In der Schulpolitik herrscht nach wie vor Chaos, das Ministerin Gebauer nicht in den Griff bekommt. Mit unserem Antrag für mehr Sicherheit, Struktur und Klarheit an den Schulen haben wir ihr konkrete Maßnahmen an die Hand gegeben, wie sie es besser machen könnte. Dazu haben wir ein 3-Phasen-Modell entwickelt, das auch auf kreative Ansätze zurückgreift. Frau Gebauer muss nur wollen. Politischer Wille ist auch im Bereich der Wohnungspolitik gefragt. Als wäre es nicht schon genug, dass Ministerin Scharrenbach mitten in der Corona-Krise den Mieterschutz in NRW zurückfährt, wurde jetzt auch ermittelt, dass Mieterinnen und Mieter schon bei einem Verlust von 100 Euro pro Monat durch ihre Wohnkosten finanziell überlastet sind. Von dieser Landesregierung ist allerdings bisher nichts zu erwarten gewesen, was Mieterinnen und Mieter hätte entlasten können. Darauf haben wir in der aktuellen Stunde am Donnerstag gedrängt.

Um Entlastungen und Unterstützung für Verbraucher musste es aus unserer Sicht auch am Donnerstag bei der Debatte um Konjunkturpakete gehen. Es reicht nicht aus, wieder nur die Brille der Wirtschaft aufzusetzen und einseitig Unternehmerinteressen zu bedienen, so wie es CDU und FDP wieder vorhaben. Stattdessen plädieren wir unter anderem für eine Erhöhung des Mindestlohns. Die ist jetzt dringender geboten denn je. Bund und Länder nehmen zurzeit Milliarden in die Hand, um Unternehmen zu retten, und Teile der Union versuchen gleichzeitig, bei den Beschäftigten im Niedriglohnsektor zu sparen. Das ist eine Kampfansage an den Sozialstaat. Wir werden unsere Haltung dazu unmissverständlich zum Ausdruck bringen.

Das gilt natürlich auch für alle anderen Themen des Plenums, die wir für Euch in diesem Newsletter wie gewohnt aufbereitet haben.

Herzlichst,  
Eure Annette Watermann-Krass

*Annette Watermann-Krass*

**Sicherheit, Struktur und Klarheit an den Schulen in der Corona-Krise**

**Phase 1**  
Die Schulen benötigen endlich Klarheit und verlässliche Aussagen, wie der konkrete Fahrplan bis zu den Ferien aussieht. Dazu gehören z.B. auch eindeutige Vorgaben bei der Ausleihe digitaler Endgeräte oder für die Organisation von Abschlussfeiern.

**Phase 2**  
In den Sommerferien soll das Land vielfältige und spannende Bildungsangebote machen, bei denen SchülerInnen auch etwas lernen können.

**Phase 3**  
Das Land muss alle notwendigen Vorkehrungen für einen verlässlichen Neustart im neuen Schuljahr treffen. Dazu gehören angepasste Lehrpläne genauso wie z.B. klare Regelungen beim Einsatz von Videoplattformen, Software und Hardware.

#3PhasenModell

KLARE KOMMUNIKATION



## Inhalt dieser Ausgabe

Bildung in Corona-Zeiten	S. 2
Ein klares Bekenntnis zu Europa	S. 3
Faire Kommunalwahlen 2020	S. 3
Ernährungsrat Münster	S. 3
Arbeitsschutz in Schlachthöfen	S. 4
Unabhängige Berichterstattung	S. 4
Einheitliche ÖPNV Tarife	S. 4
Kommunaler Solidarpakt	S. 5
Kriseninvestitionen	S. 5
Sicherheitsbericht	S. 5

## SPD setzt sich für Sicherheit, Struktur und Klarheit an Schulen in der Corona-Krise ein

Erst der Termin, dann das Konzept – so lässt sich das Krisenmanagement der Landesregierung bisher zusammenfassen. Wir müssen aber erst planen und dann umsetzen, nicht umgekehrt. Die SPD setzt sich für mehr Struktur und Vorausplanung ein, sofern die Situation dies zulässt. Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und natürlich auch Eltern haben in den letzten Wochen genug „Last-Minute-Informationen“ bekommen und sind lange genug mit ihrer Ungewissheit allein gelassen worden. Daher fordern wir die Landesregierung auf, ein Krisenkonzept für die Bildung aufzustellen. Drei Phasen stehen dabei im Fokus: 1.) bis zu den Sommerferien, 2.) in den Ferien selbst und 3.) im neuen Schuljahr – es geht jetzt darum, konkrete Maßnahmen für einen funktionierenden Schulbetrieb zu definieren. Vor den Sommerferien lautet das Ziel, Abschlussfeiern als wichtige, prägende Rituale für die Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen. Während der Sommerferien soll es Kultur- und Bildungsangebote für alle Altersklassen geben, wenn möglich in Kooperation und mit Beratung durch die Schulen. Zudem müssen landesweit in den Bildungseinrichtungen die sanitären Anlagen entsprechend aufgebessert werden, um dann, nach den Ferien, eine schrittweise Rückführung hin zum Präsenzunterricht zu ermöglichen. Für weitere Fernunterrichtsmaßnahmen müssen zudem digitale Endgeräte vom Land zur Verfügung gestellt werden, damit allen Schülerinnen und Schülern die Teilhabe ermöglicht wird. Im gesamten Bildungsbereich fehlen vom Ministerium Führung, Überblick und Rückendeckung für alle Beteiligten. Das schlägt sich leider auch im Abstimmungsergebnis nieder, denn unser Antrag wurde von der CDU, FDP und AfD abgelehnt. Die Rede ist vom „auf Sicht fahren“, doch Frau Beer (Bündnis90/ die Grünen) entgegnete darauf zurecht, die Menschen werden „im Nebel stehen gelassen“. Hier geht's zum [Antrag](#).

### Ein klares Konzept für KiTa-Öffnungen

Nach dem öffentlichen Aufschrei musste Minister Stamp einlenken und seine Pläne zur Kita-Öffnung deutlich ausweiten. Indoor-Spielplätze zu öffnen, bevor die Frage der Kinderbetreuung geregelt war, zeugte einmal mehr von der falschen Prioritätensetzung. Dabei hatten wir schon lange einen konkreten Plan für Kita-Öffnungen gefordert. Unser Druck hat gewirkt, ab dem 8. Juni geht es wieder schrittweise in einen Regelbetrieb. Doch das Betreuungsangebot wird noch lange eingeschränkt bleiben. Minister Stamp verlangt trotzdem im Juni und Juli die Hälfte der KiTa-Beiträge. Wir fordern, dass sie weiter ausbleiben. Laschet fordert vom Bund 600 Euro Familienbonus, das Land selbst will von Eltern aber weiter kassieren. Das ist üble Trickserei. Hier geht's zum [Antrag](#).

### Mehr Investitionen für die Bildung

NRW ist Bildungsland. Weltweit renommierte Hochschulen und Universitäten sind hier beheimatet. Trotzdem hinkt das Land bei der Schulfinanzierung hinterher. Das „Gute Schule 2020“-Gesetz aus der letzten Legislaturperiode hat an vielen Schulen bereits zu Verbesserungen geführt. Trotzdem gibt es noch großen Investitionsbedarf, um die teils noch maroden Schulen baulich und digital in den bestmöglichen Zustand zu bringen. Die Landesregierung muss das bestehende Investitionsprogramm fortführen und dafür weitere 2,5 Milliarden Euro investieren. Die SchülerInnen in Nordrhein-Westfalen verdienen die besten Bedingungen für erfolgreiches Lernen. Hier geht's zum [Antrag](#).

### Leistungen von Eltern anerkennen—weil sie es uns wert sind

Die Corona-Krise bringt viele Familien an ihre Grenzen. Eltern müssen bei der Kinderbetreuung Übermenschliches leisten und können deshalb oft ihrem Job nicht mehr in vollem Umfang nachkommen. Es ist richtig, dass Bundesfamilienministerin Giffey den Lohnersatz für berufstätige Eltern von bisher sechs auf zehn Wochen pro Elternteil verlängert hat. Allerdings weiß keiner, wie lange die pandemische Lage noch anhalten wird. Wir fordern deshalb die Entfristung und die Erhöhung der Hilfen für Eltern. Wer aufgrund der Kinderbetreuung vorübergehend nicht berufstätig sein kann, sollte nicht auch noch Geldsorgen haben. Zum Weltelterntag am 1. Juni wäre die monetäre Absicherung durch das Infektionsschutzgesetz ein wichtiges Zeichen. Wir erkennen die Leistungen der Eltern in der Krise an. Sie sind es uns wert. Hier geht's zum [Antrag](#).

## Ein klares Bekenntnis zu Europa

NRW liegt im Herzen Europas und ist heute enger denn je in kultureller, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht mit allen Staaten der Europäischen Union verbunden. Als unsere Verfassung vor über 70 Jahren in Kraft trat, konnte noch niemand ahnen, wie intensiv diese Verbindung werden würde. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich: Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger. Deshalb haben die demokratischen Fraktionen im Landtag NRW beschlossen, den Europabezug in die Landesverfassung aufzunehmen und sich so gemeinsam deutlich gegen aufkommende nationalistische Tendenzen zu stellen. Mit diesem klaren Bekenntnis zu einem geeinten Europa würdigen wir die wichtige Rolle, die die EU für NRW spielt und gestalten so gemeinsam eine bessere Zukunft. Hier geht's zum [Antrag](#).

## Faire Kommunalwahlen 2020 – auch in Krisenzeiten

Die Corona-Pandemie hat erhebliche Auswirkungen auf die kommenden Kommunalwahlen. Kontaktbeschränkungen erschweren jetzt schon die Aufstellung von KandidatInnen. Auch bei der Durchführung der Wahlen kann nicht alles so laufen wie üblich. So wird es schwerer werden, genügend WahlhelferInnen zu organisieren oder passende Räume für die Stimmabgabe zu finden. Deshalb haben sich die CDU, SPD und FDP zusammengeschlossen und ein Gesetz zur Durchführung der kommenden Kommunalwahlen auf den Weg gebracht. Sie begegnet den Herausforderungen der Corona-Pandemie und sichert den reibungslosen und fairen Ablauf auch in Krisenzeiten. [Antrag](#).

## Besuch bei Ernährungsrat in Münster – regionale Produktionsketten verknüpfen

Anfang der Woche habe ich dem Ernährungsrat der Stadt Münster einen Besuch abgestattet. Ernährungsräte erleben seit einigen Jahren in Deutschland einen regelrechten „Gründungsboom“. Ihr Ziel ist es, Lebensmittelproduktion regionaler zu gestalten und so den Weg von einer Wegwerfgesellschaft zu einer nachhaltigen Ernährungsweise zu schaffen, die nicht nur besser für die Gesundheit, sondern auch für unser Klima ist. Der Rat in Münster wurde vor ein paar Wochen offiziell gegründet und hat bereits Anfang Februar mit einer sehr gut besuchten Auftaktveranstaltung einen gelungenen Einstand feiern können. Im Austausch mit dem jungen Gründerteam wurde einmal mehr deutlich, wie wichtig Vernetzung und ein reger Austausch im Hinblick auf eine möglichst vollwertige regionale Wertschöpfungskette für Lebensmittel sind. Um dies garantieren zu können, müssen regelmäßig Gespräche mit allen Beteiligten der Nahrungsmittelproduktion stattfinden. Dafür setzen sich die Vertreter\*innen ein. Ebenso wichtig ist aber auch, dass in der Bevölkerung insgesamt ein Umdenken stattfindet. Die Perspektive auf das Essen muss verändert werden. Kinder sollten beispielsweise schon in der KiTa lernen, die Mahlzeiten auf ihren Tellern mehr wertzuschätzen und die dahinterliegenden Prozesse zu verstehen. Dazu sind Maßnahmen und die Unterstützung seitens der Politik notwendig, aber eben auch die Einbringung regionaler Akteure von immenser Bedeutung. Das Team vom Ernährungsrat sucht dabei ständig neue lokale Ansätze für eine kommunale Ernährungspolitik. Da mir gesunde, vielfältige Ernährung aus lokaler Produktion besonders am Herzen liegt, unterstütze ich Projekte und neue Institutionen wie den Ernährungsrat sehr gerne und voller Überzeugung.





## Ernährungswirtschaft in NRW – Große Anfrage der SPD zum Arbeitsschutz in deutschen Schlachthöfen

Deutschland ist einer der größten Fleischstandorte Europas, mit einem großen Teil der Produktionen in NRW. Als so großer Player auf dem Markt der Dumping-Preise und Massenwaren sollte man sich eigentlich verpflichtet fühlen und in der Lage dazu sein, faire Arbeitsbedingungen zu bieten. Doch bisher nutzt die deutsche Fleischbranche die Gesetzeslücke der Werkverträge mit Subunternehmen, um ihre Mitarbeiter gnadenlos auszubeuten und so billig wie möglich zu produzieren.

Hubertus Heil hat nun im Bundestag durch schnelles und entschiedenes Handeln ein Ende der schlechten Arbeitsbedingungen eingeläutet! Das ist ein großer Erfolg für die SPD-Landtagsfraktion, denn dafür haben wir uns schon lange eingesetzt. Dabei können wir es aber nicht belassen. Auch in anderen Branchen, beispielsweise bei Erntehelfern oder in der Baubranche, gibt es häufig Missstände beim Arbeits- und Gesundheitsschutz. Wir brauchen klare gesetzliche Regelungen, damit die Ausbeutung von Menschen zum Zweck wirtschaftlicher Profitmaximierung endlich gestoppt wird. Der Überweisungsantrag dieser Thematik an den Ausschuss wurde im Plenum angenommen. Trotz vieler Streitpunkte war im Parlament erfreulicherweise bei einem Großteil der Fraktionen wie auch beim Arbeitsminister Karl-Josef Laumann eine gemeinsame Richtung erkennbar. Wir werden das Thema im Ausschuss weiter mit Nachdruck verfolgen.

Hier geht's zum [Antrag](#).

## Einheitliche Tarife für den ÖPNV

Ein guter, günstiger und attraktiver ÖPNV ist die Voraussetzung für die klimafreundliche Mobilitätswende, die NRW braucht. Das bestehende Tarifsystem mit seinen teils unüberschaubaren und unfairen Regelungen zwischen den einzelnen Verkehrsverbänden stiftet bei Fahrgästen eher Verwirrung, als dass es für den Umstieg auf Bus und Bahn begeistert. Ein und dieselbe Strecke kann auf der Hinfahrt teurer sein als auf der Rückfahrt. Das verärgert zu Recht. Die Landesregierung muss deshalb gemeinsam mit den Verkehrsverbänden faire und einheitliche Lösungen für den ÖPNV erarbeiten und so wieder mehr Menschen in NRW für den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel begeistern.

Hier geht's zum [Antrag](#).



### Unabhängige Berichterstattung sichern – Medienschaffende schützen

Bedrohungen gegen JournalistInnen nehmen zu. Die psychische Belastung steigt und wirkt sich auf die Arbeit der Medienschaffenden aus. In einer Studie des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung geben mehr als die Hälfte der befragten JournalistInnen an, dass sie Verständnis dafür haben, wenn Kolleginnen und Kollegen aus Angst vor Angriffen über bestimmte Themen nicht mehr berichten. Das ist eine fatale Entwicklung, denn JournalistInnen schützen mit ihrer unabhängigen und kritischen Berichterstattung unsere Demokratie. Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass JournalistInnen ihrer Arbeit wieder angstfrei und uneingeschränkt nachgehen können.

Hier geht's zum [Antrag](#).

## Kommunen nicht im Stich lassen – „Ja“ zum Kommunalen Solidarpakt 2020

Durch die Corona-Krise fehlen in den Kassen der NRW-Kommunen Milliarden. Besonders leiden die Städte und Gemeinden, die bereits hoch verschuldet sind. Mit dem „Kommunalen Solidarpakt 2020“ hat Bundesfinanzminister Scholz einen guten Vorschlag zur Entlastung der Kommunen gemacht. Nun liegt es an Ministerpräsident Laschet, seinen lobenden Worten für das Konzept auch Taten folgen zu lassen. Er muss die Blockadehaltung bei der Union lösen. Schafft er das nicht, schadet er den Interessen der Menschen in NRW und beweist, dass er sich selbst in seinem politischen Lager nicht durchsetzen kann. Kommunen sind das Fundament bei der Bekämpfung der Pandemie und werden auch weiterhin eine tragende Rolle bei der Bewältigung der Folgen der Krise spielen. Wir dürfen sie nicht im Stich lassen. Hier geht's zum [Antrag](#).

### Investitionen starten - nicht gegen die Krise ansparen

Die Corona-Pandemie wird voraussichtlich zum größten Konjunkturerinbruch der Nachkriegsgeschichte führen. Soforthilfen allein können das nicht ausgleichen. Es wäre auch fatal, jetzt gegen die Krise anzusparen. Wir müssen stattdessen langfristig und zukunftsgerichtet in die Stärkung der Wirtschaft investieren. Dafür haben wir ein 3-Säulen-Konjunkturprogramm entwickelt: 1.) Einkommen stärken. Nur so kann Kaufkraft entstehen. Dafür braucht es unter anderem den Mindestlohn von 12 Euro. 2.) Wir brauchen massive Investitionen in nachhaltige Industrie, Mobilität, Digitalisierung und die Köpfe von morgen. 3.) Die öffentliche Hand stärken. Kommunen brauchen finanzielle Entlastung. Die Landesregierung muss sich beim Bund für das Konjunkturprogramm einsetzen und ein ergänzendes Landesprogramm auf den Weg bringen. Jetzt ist die Zeit für Investitionen.

Hier geht's zum [Antrag](#).

### Mit einem Sicherheitsbericht gezielter gegen Kriminalität arbeiten

Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik zeigt in NRW einen Rückgang der erfassten Straftaten in vielen Bereichen. Das ist zwar erfreulich, stellt aber nicht die Wirklichkeit dar. Viele Straftaten werden nämlich nicht erfasst. Um vorausschauende Kriminalitätspolitik betreiben zu können, brauchen wir einen umfassenden Sicherheitsbericht, der mehr Daten einbezieht. Mit ihm können Behörden und Politik bessere Konzepte zur Bekämpfung von Kriminalität entwickeln. Auch NRW muss endlich ein umfassenderes Bild über die tatsächliche Sicherheitslage im Land bekommen, damit Kriminalität effektiver bekämpft werden kann.

Hier geht's zum [Antrag](#).

## So erreichen Sie uns

Haben Sie Fragen und/oder Anregungen? Kontaktieren Sie uns:

**Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Annette Watermann-Krass**

Roonstr. 1  
59229 Ahlen

T: 02382/9144-50

M: [annette.watermann-krass@landtag.nrw.de](mailto:annette.watermann-krass@landtag.nrw.de)

[www.watermann-krass.de](http://www.watermann-krass.de)